



Conception : BANQUE ELVi

emlyon BS – ESCP BS – ESSEC BS – HEC Paris

LANGUE VIVANTE A

FILIÈRE ÉCONOMIQUE et COMMERCIALE & FILIÈRE LITTÉRAIRE

Mardi 28 avril 2026 de 14h à 18h

ALLEMAND – ANGLAIS – ESPAGNOL

Durée : 4 heures

N.B. :

Les candidats ne sont pas autorisés à modifier le choix effectué lors de l'inscription de la langue vivante A dans laquelle ils doivent composer.

Aucun document n'est autorisé.

L'utilisation de toute calculatrice et de tout matériel électronique est interdite.

Si au cours de l'épreuve, un candidat repère ce qui lui semble être une erreur d'énoncé, il la signalera sur sa copie et poursuivra sa composition en expliquant les raisons des initiatives qu'il sera amené à prendre.

LVA ALLEMAND

Ce sujet comporte les 5 documents suivants :

Document 1 - *Es braucht ein souveränes Europa – mehr denn je*, Alexander Mühlauer, *Süddeutsche Zeitung*, 18. November 2025

Document 2 - *Panzer statt Autos: Wie sich der Arbeitsmarkt verändert*, Thomas Kohlmann, *Deutsche Welle*, 25.03.2025

Document 3 - *A qui profite le commerce des armes en Europe, et où vont les exportations ?* Miriam Saenz de Tejada, *EURACTIV.com*, 2.12.2025

Document 4 – *Wo Deutschland mit Rüstung Geschäfte macht*, *Greenpeace.de*

Document 5 – *Tagescartoon*, Johann Mayr

I - COMPRÉHENSION : RÉSUMÉ ANALYTIQUE COMPARATIF

Répondre dans la langue cible à la question posée en 350 mots (+ ou - 10%) en identifiant et en comparant les informations pertinentes dans les documents 1 et 2 du dossier, sans commentaire personnel ni paraphrase.

Welchen Einfluss haben aktuelle geopolitische Ereignisse auf die Souveränität und die Wirtschaft Europas?

II - EXPRESSION PERSONNELLE : ESSAI ARGUMENTÉ

Répondre dans la langue cible à la question posée en 500 mots (+ ou - 10%), en réagissant au contenu du dossier, sans paraphraser celui-ci, tout en développant son opinion personnelle. Vous devez illustrer votre argumentation avec des exemples culturels, civilisationnels et/ou historiques du monde germanique.

Welche Chancen eröffnen sich Europa und insbesondere Deutschland trotz der Krisen, und welche Risiken gibt es? Geben Sie Ihre Meinung.

III -TRADUCTION DU FRANÇAIS EN ALLEMAND (THÈME)

Traduire uniquement les parties du texte indiquées en français en gras et entre crochets [.....]:

de [À qui profite le commerce des armes en Europe... à ...et où vont les exportations ?]

et

de [Le dernier rapport... à ...suivie par l'Allemagne avec environ 5,6 %.]

Es braucht ein souveränes Europa – mehr denn je

Emmanuel Macron hat in Friedrich Merz endlich einen Verbündeten in Berlin. Die beiden müssen die EU im Wettbewerb mit autokratischen Staaten stärken. Und zwar jetzt.

Wenn es ein Wort gibt, das Emmanuel Macron liebt, dann ist es Souveränität. Es ist ein Wort, das wie kaum ein anderes für das Selbstverständnis des französischen Präsidenten steht. Macron hat zwar im Strudel¹ der Pariser Regierungskrisen massiv an Souveränität eingebüßt, das hindert ihn aber nicht daran, sein Postulat auf europäischer Ebene umso eindringlicher zu formulieren.

Frankreichs Präsident hat recht: Es braucht ein souveränes Europa. Mehr denn je. Immerhin gibt es nun in Berlin einen Kanzler, der das genauso sieht. Es wurde auch Zeit. Friedrich Merz hat beim SZ-Wirtschaftsgipfel eingeräumt, dass er mit dem Begriff der Souveränität noch vor einem Jahr nicht so viel anfangen konnte. Das hat sich geändert. Der Kanzler hat erkannt, dass es für Europa um alles geht. Das sagt sich so leicht, aber worum sollte es sonst gehen? Es geht um die Europäische Union, den Garanten von Frieden und Wohlstand. Um das zu verteidigen, braucht es ein souveränes Europa. Ein Europa, das unabhängig und selbstbestimmt handelt.

Damit das gelingt, ist ein deutsch-französischer Kraftakt² unabdingbar³. Es waren in der Geschichte der europäischen Integration immer diese beiden Staaten, die sich in den Dienst Europas stellten. Von der Montanunion bis zum Binnenmarkt. Das Problem ist nur: Der viel beschworene deutsch-französische Motor ist, um es mal diplomatisch auszudrücken, ins Stottern geraten. Als Angela Merkel noch in Berlin regierte, spottete⁴ man im Kanzleramt gerne über Macrons Souveränitätsgerede. Man hatte ja die billige Energie aus Russland, die Sicherheitsgarantie der USA und mit China einen gigantischen Absatzmarkt für deutsche Wertarbeit. Diese Zeit ist vorbei. Olaf Scholz, der diese Zeitenwende antizipierte, gelang es nicht, auf Frankreich zuzugehen. In Paris nahm man das deutsche Desinteresse erst mit Erstaunen, dann mit Achselzucken⁵ zur Kenntnis. Jetzt also Merz. Er muss das Zeitfenster gemeinsam mit Macron nutzen. Bis zur französischen Präsidentschaftswahl im Frühjahr 2027 haben die beiden Zeit, entscheidende Weichen zu stellen⁶, um Europas Platz in der Welt zu verteidigen. Man muss sich nichts vormachen, die EU steht im knallharten Systemwettbewerb mit autokratischen Weltmächten. Das Ziel muss es sein, das zu schützen, was Europa ausmacht, allen voran den regelbasierten freien Handel. Einfach wird das nicht. Denn es zählt mittlerweile das Recht des Stärkeren, nicht die Stärke des Rechts.

Was hat Europa dem entgegenzusetzen? An diesem Dienstag haben Merz und Macron zu einem „Europäischen Gipfel zur digitalen Souveränität“ in Berlin geladen. Ein starkes Signal. Aber da muss noch mehr kommen. Die EU muss endlich die Kapitalmarktunion vollenden, Kooperationen in der Rüstungsindustrie fördern, die Bürokratie weiter abbauen und dort, wo es der Souveränität zuträglich⁷ ist, auch bereit sein, Brüsseler Regelwerke infrage zu stellen. Gerade die Regulierung in Sachen Datenschutz ist ein Hemmnis⁸ für wirtschaftlichen Fortschritt.

Die Voraussetzungen, dass Reformen gelingen, sind nicht gerade schlecht. In Berlin regiert mit Merz ein CDU-Kanzler, der die EU-Kompromisssuche seit seiner Zeit als Europaabgeordneter kennt. In Brüssel

¹ im Strudel : dans le tourbillon

² der Kraftakt : un tour de force

³ unabdingbar : indispensable

⁴ spotten über : se moquer de

⁵ das Achselzucken : avec indifférence

⁶ die Weichen stellen : décider d'une direction commune

⁷ zuträglich : favorable

⁸ das Hemmnis : un frein

gibt es mit Manfred Weber einen CSU-Mann, der im Europäischen Parlament Mehrheiten organisieren kann. Und mit Ursula von der Leyen amtiert eine CDU-Politikerin als Kommissionspräsidentin, die ihren Job Macron zu verdanken hat.

Es ist so: Weder in Brüssel noch in Paris und Berlin gibt es ein Erkenntnisproblem, dass jetzt etwas passieren muss. Was es allerdings gibt, ist ein Umsetzungsproblem⁹. Es ist Zeit, endlich anzupacken. Für ein souveränes Europa. Und zwar jetzt.

Süddeutsche Zeitung (SZ), Alexander Mühlauer, 18. November 2025

Document 2

Panzer statt Autos: Wie sich der Arbeitsmarkt verändert

Hunderte Milliarden Euro werden in den nächsten Jahren in die deutsche Verteidigungsindustrie gepumpt. Das Wettrennen um Fachkräfte aus anderen Branchen hat bereits begonnen.

In der deutschen Industrie werden die Karten neu gemischt: Während in deutschen Vorzeigeunternehmen wie VW Jobs verloren gehen, suchen die Produzenten von Panzern oder Marschflugkörpern¹⁰ händeringend¹¹ nach neuen Mitarbeitern. Eine aktuelle Studie der Unternehmensberatung EY und der Dekabank geht davon aus, dass "die europäischen NATO-Länder nach aktuellem Stand in den kommenden Jahren jährlich 72 Milliarden Euro in Rüstung und damit 680.000 Arbeitsplätze in Europa schaffen beziehungsweise sichern." Eine Untersuchung der Unternehmensberatung Kearney kommt zu ähnlichen Ergebnissen. Wie viele Fachkräfte genau fehlen, hänge aber davon ab, wie stark die europäischen NATO-Staaten aufrüsten. Geben sie künftig zwei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für Rüstung aus, wie es die NATO-Regeln vorsehen, fehlen bis 2030 rund 160.000 Fachkräfte. "Bei einer mittleren Steigerung (2,5 Prozent des BIP) drohen rund 460.000 offene Stellen und bei einem deutlichen Anstieg (3 Prozent) sogar bis zu 760.000", schreiben die Studienautoren Guido Hertel und Nils Kuhlwein. Vor allem für Künstliche Intelligenz und Big Data fehlen Spezialisten.

Zur Einordnung: Aktuell haben Rüstungsfirmen wie Rheinmetall und Co. rund 60.000 Mitarbeiter in Deutschland, einschließlich der Zulieferer sind es ungefähr 150.000, so die Angaben von Klaus-Heiner Röhl, Rüstungsexperte am arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft (IW).

Wo sollen die Beschäftigten herkommen?

Die Hersteller von Geschützen, Radartechnik oder Getrieben für Kettenfahrzeuge¹² suchen nicht nur neue Arbeitskräfte, sondern auch Produktionsstandorte für die erwartete Auftragsflut¹³. Was liegt da näher, als in kriselnden Branchen zuzugreifen? "Wir profitieren von den Schwierigkeiten der Autoindustrie", sagt Hensoldt-Chef Oliver Dörre im Interview mit der Nachrichtenagentur Reuters. (...) Schon jetzt laufen Gespräche mit den Autozulieferern Continental und Bosch über die Übernahme von Beschäftigten, bestätigt Hensoldt-Chef Dörre. Im ostdeutschen Görlitz an der polnischen Grenze übernimmt der Rüstungskonzern KNDS ein Werk des Zugherstellers Alstom, in dem Züge gebaut wurden und das 2026 dicht gemacht¹⁴ werden sollte. Etwa die Hälfte der 700 Mitarbeiter will KNDS

⁹ die Umsetzung : la réalisation

¹⁰ der Marschflugkörper : missile à longue portée

¹¹ händeringend: désespérément

¹² Geschütze, Radartechnik, Getriebe für Kettenfahrzeuge: équipement militaire

¹³ die Auftragsflut : carnet de commande rempli

¹⁴ dicht machen : fermer

übernehmen. Der Panzer-Produzent will in der ehemaligen Bahnfabrik Bauteile und Module für die Panzer Leopard 2, Puma und Boxer bauen. Die Produktion soll schon 2025 starten.

Der Konkurrent Rheinmetall setzt ebenfalls auf Quereinsteiger¹⁵: Ein Facharbeiter, der früher Spezialbauteile für die Ölbranche herstellte, fertigt jetzt in einem Rheinmetall-Werk in Norddeutschland Geschützrohre für Panzer. Eine frühere Kosmetikerin lackiert dort jetzt Panzergranaten.

Was geht und was nicht?

Ganz so einfach ist der Umstieg aus einer zivilen in die Rüstungsbranche aber nicht, erklärt Eva Brückner im Interview mit der *Deutschen Welle*. "Ein Wechsel ist nur in bestimmten Positionen und Fachfunktionen möglich", sagt die Personalberaterin, die auf die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie spezialisiert ist. "Der Facharbeiter, der bei VW und Co. am Band steht, der kann in der Regel auch in bestimmten Rüstungsunternehmen arbeiten." Auch ein Entwicklungsingenieur könne nach einem gewissen Umlernen in der Rüstung anfangen, so die Geschäftsführerin der Personalberatung Heinrich & Coll. in München. Bei anderen Funktionen sei das nicht möglich. (...)

Sicherheitsprüfung schränkt Bewerberpool ein

Hans Christoph Atzpodien, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, weist zudem auf eine Besonderheit von Rüstungsfirmen hin: Für viele Mitarbeiter sind Sicherheitsprüfungen zwingend¹⁶ vorgeschrieben - und die brauchen Zeit. "Die Fristen¹⁷ für die Erteilung dieser Genehmigungen¹⁸ sind derzeit bei weitem nicht kurz genug, um eine schnelle Umstellung des entsprechenden Personals zu ermöglichen", betont er gegenüber der DW. In der Rüstungsindustrie kommt die so genannte Staatenliste ins Spiel. Sie stellt hohe Anforderungen an Bewerber aus Staaten, die für die Sicherheit Deutschlands erhebliche Risiken darstellen. Auf der Liste des Bundesinnenministeriums stehen Länder wie Afghanistan, China, Vietnam, Irak, Iran, Syrien, Russland und die ehemaligen Sowjetrepubliken. Schon ein längerer Aufenthalt in einem dieser Länder ist für eine Beschäftigung in der sicherheitsrelevanten Rüstungsindustrie extrem problematisch.

US-Experten auf dem Absprung?

Allein in Deutschland und Europa wird man auf die Schnelle nicht so viele Fachkräfte und Manager für die Aufrüstung finden. Und da kommen ausgerechnet die USA und der US-Präsident ins Spiel, sagt Eva Brückner: "Weil Trump angefangen hat, Kürzungen bei den Forschungsinstituten und Universitäten zu verkünden, hat sich natürlich eine Chance für Europa ergeben." Bisher hätten die USA mit ihren Eliteuniversitäten und großen Forschungsbudgets Spitzenkräfte aus aller Welt angezogen. "Aber wenn man jetzt Gelder entzieht, dann ist das für Europa eine Chance zu sagen: Dann sind wir der Innovationsmotor. Und wir holen uns die Leute." Sie habe bereits Anfragen aus den USA, weil Greencards nicht verlängert würden oder Spitzenkräfte sich an ihrem US-Arbeitsplatz nicht mehr wertgeschätzt¹⁹ fühlten. "Das ist eine Riesenchance und die sollte man auch nutzen. Denn da kann man richtig schlaue Köpfe holen."

Deutsche Welle, Thomas Kohlmann, 25.03.2025

¹⁵ der Quereinsteiger : personne reconvertis sur le plan professionnel et entrant tardivement dans un métier

¹⁶ zwingend : obligatoire

¹⁷ die Fristen : les délais

¹⁸ die Genehmigung : l'autorisation

¹⁹ wertschätzen : valoriser

[À qui profite le commerce des armes en Europe, et où vont les exportations ?]

Les chaînes de production tournent à plein régime dans toute l'Europe : carnets de commandes remplis, licences d'exportation atteignant des niveaux historiques...

[Le dernier rapport du Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), publié cette semaine, confirme l'ampleur du phénomène. Entre 2015-2019 et 2020-2024, les importations d'armes lourdes en Europe ont bondi de 155 %. (...)]

Dans le même temps, les poids lourds européens de l'exportation — la France, l'Allemagne et l'Italie — ont progressivement consolidé leur domination dans l'industrie de l'armement. Cette tendance ne vient pas de nulle part. L'Europe navigue actuellement dans un paysage sécuritaire en pleine mutation. L'invasion de l'Ukraine par la Russie, associée à de nouvelles inquiétudes à Bruxelles et au sein de l'OTAN concernant l'autonomie stratégique, a donné un coup d'accélérateur au commerce de la défense. Non seulement le continent expédie davantage d'armes, mais il en achète aussi davantage. Dans ce paysage, les discours sur la paix cohabitent étrangement avec une industrie florissante qui signe en coulisses des contrats de plusieurs milliards d'euros.

Une activité en plein essor

Les États-Unis dominent toujours les exportations mondiales d'armes, représentant environ 43 % de tous les transferts en 2020-2024. Le deuxième exportateur est la France, avec environ 9,6 % des exportations mondiales pendant cette période, suivie par l'Allemagne avec environ 5,6 %.] (...)

Où aboutissent ces armes ?

Les destinations se répartissent en trois grandes catégories.

Tout d'abord, l'Europe elle-même. L'Ukraine, qui se défend contre l'invasion à grande échelle de la Russie qui a commencé il y a près de quatre ans, est devenue le plus grand importateur d'armes au monde entre 2020 et 2024, représentant 8,8 % de toutes les importations mondiales.

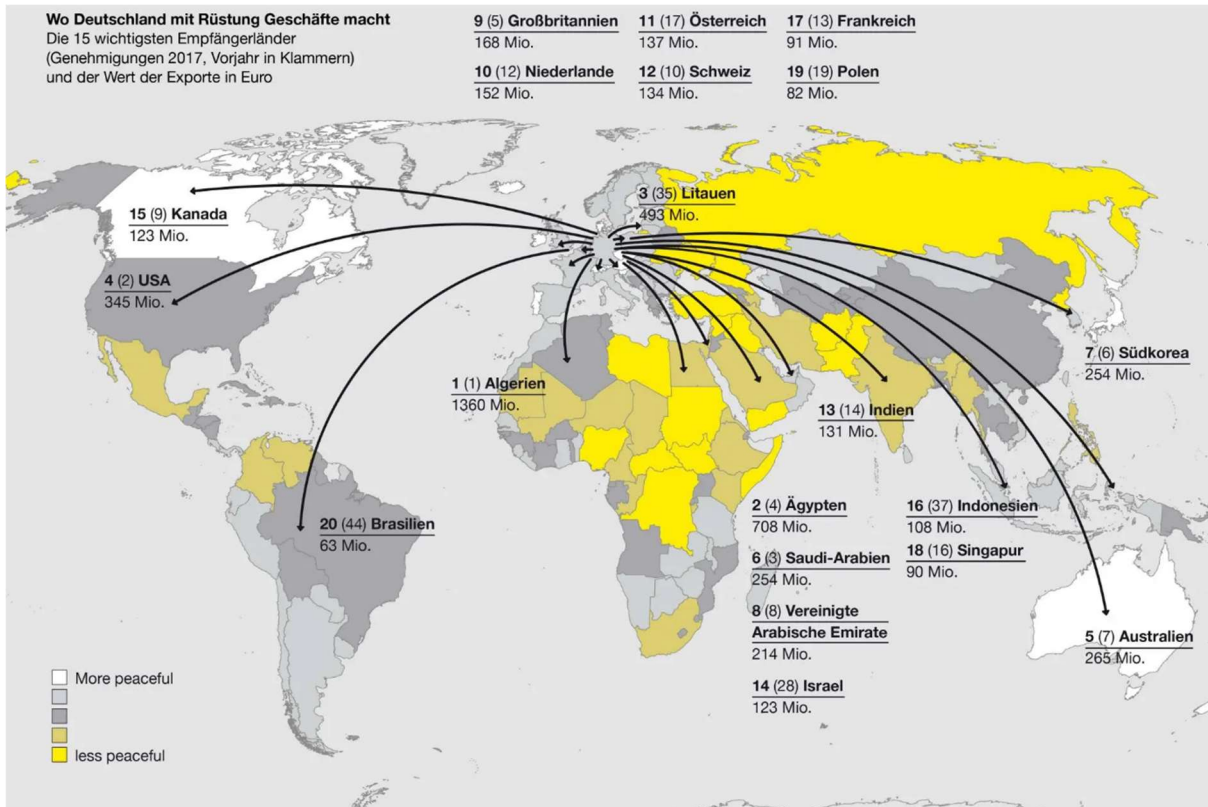
Les pays européens membres de l'OTAN se sont également réarmés à un rythme soutenu.

Deuxièmement, l'augmentation des achats des États d'Asie et du Moyen-Orient représente d'importants transferts de valeur en termes d'avions, de navires et de systèmes de missiles. (...)

Enfin, la troisième catégorie, où le discours européen sur la paix s'effondre. L'Égypte et le Soudan montrent comment les armes européennes et alliées continuent de façonner les conflits violents malgré la retenue officielle.

Miriam Saenz de Tejada, EURACTIV.com, 2.12.2025

Document 4



Greenpeace, Wo Deutschland mit Rüstung Geschäfte macht,
<https://www.greenpeace.de/frieden/geschaeft-tod>

Document 5



Johann Mayr, Tagescartoon, <https://www.johannmayr.de/taca/>

LVA ANGLAIS

Ce sujet comporte les 5 documents suivants :

- **Document 1** - *Can ICE Stop People Solely Based on Their Race?*, The New York Times, October 24, 2025
- **Document 2** - *Starmmer urges Europe's leaders to curb ECHR to halt rise of far right*, The Guardian, December 9, 2025
- **Document 3** - *Face au vent xénophobe, il faut considérer l'immigration comme une question non pas morale, mais économique et sociale*, Le Monde, 21 septembre 2025
- **Document 4 - Image** – Instagram, January 23, 2026
- **Document 5 - Image** – The Guardian, December 2, 2025

I – COMPRÉHENSION : RÉSUMÉ ANALYTIQUE COMPARATIF

Répondre dans la langue cible à la question posée en 350 mots (+ ou - 10%) en identifiant et en comparant les informations pertinentes dans les documents 1 et 2 du dossier, sans commentaire personnel ni paraphrase.

How do the legal and political debates about immigration reflect the tensions between national security and human rights in the US and UK today?

II - EXPRESSION PERSONNELLE : ESSAI ARGUMENTÉ

Répondre dans la langue cible à la question posée en 500 mots (+ ou - 10%), en réagissant au contenu du dossier, sans paraphraser celui-ci, tout en développant son opinion personnelle. Vous devez illustrer votre argumentation avec des exemples culturels, civilisationnels et/ou historiques du monde anglophone.

In your opinion, to what extent do the current policies and rhetoric about immigration reflect political and economic challenges faced by the US and the UK?

III - TRADUCTION DU FRANÇAIS EN ANGLAIS (THÈME)

Traduire uniquement les parties du texte indiquées en français en gras et entre crochets.

de [Les excités nationalistes... à ...sur l'immigration.]

Document 1

“Can ICE Stop People Solely Based on Their Race?”, Jazmine Ulloa, *The New York Times*, October 24, 2025

For decades, federal officers have had to rely on more than race or ethnicity to stop and question someone over citizenship. That is now being tested.

Again and again in Chicago and elsewhere in recent weeks, masked federal agents have accosted people who appear to be Latino, and have confronted them with questions about their immigration status.

Targeting people for immigration enforcement based on race or ethnicity alone was forbidden by the U.S. Supreme Court in a unanimous decision 50 years ago. After all, it's impossible to determine the immigration statuses of people simply by looking at them. So for decades, agents seeking to question people about their citizenship were supposed to rely on more than just appearance.

But as President Trump has intensified his mass deportation campaign, roving patrols that have targeted predominantly Latino communities have become a key part of the administration's playbook. And whether the tactics are legal appears to be an open question, one likely to be decided by the Supreme Court.

Lawsuits challenging the administration's sweeps in Los Angeles and elsewhere are making their way through the courts. The outcomes could redefine the limits on the discretion officers have to stop, question and detain people over their immigration statuses and how much race and ethnicity can play into those decisions.

“We are in nebulous land,” said Mark Fleming, a lawyer at the National Immigrant Justice Center, which is representing plaintiffs in Chicago. “We have never seen this type of enforcement on the streets ever.”

Last month, in an emergency ruling in the Los Angeles suit, the Supreme Court said federal agents there could question people about their immigration statuses based solely on factors such as race or ethnicity or another spoken language or accented English.

The decision isn't final, as it overturned the temporary prohibition imposed by a federal judge on officers while she hears arguments on the case. But like many of the justices' emergency decisions since the start of the new administration, the ruling appeared to signal substantial deference to the executive branch under President Trump and the possibility that the court would ultimately side with him should it ultimately issue an opinion on the case.

It is one of four legal challenges nationwide aiming to curb the warrantless arrests and traffic stops that have become a defining element of the Trump administration's mass deportation campaign.

But even as the lawyers mounting the challenges are hoping to affirm constitutional limits on such immigration stops and apprehensions, experts warn that the lawsuits could end up further emboldening officers to use race or ethnicity in immigration enforcement.

Thomas Coffin was part of the government legal team in the case that led to the 1975 Supreme Court ruling that race could not be the sole factor in immigration stops. Though he and his colleagues lost the case, Mr. Coffin, now 80, said the decision and others had established crucial rights to privacy. But whether they govern the federal agents conducting sweeps on American streets today is, he said, “the \$64,000 question.”

During the mass deportation campaign, Latinos have been stopped while driving gardening and landscaping trucks. They have been questioned and detained at bus stops and street corners where laborers gather to wait for work. They have been rounded up at farms, carwashes and construction sites. [...]

In Chicago, where ICE tactics have escalated in recent weeks, lawyers say they have identified dozens of arrests that have violated a 2022 consent decree that covered six Midwestern states. The order — stemming from a 2018 class-action lawsuit that immigrant and civil rights groups filed against the first Trump administration on behalf of five immigrants — restricted federal immigration agents from apprehending and holding people without a warrant.

In court filings, government lawyers have asserted that federal agents are trained in the Fourth Amendment, which prohibits “unreasonable searches and seizures,” and that they should not be hobbled in their efforts to target unauthorized immigrants.

Civil and immigrant rights groups have said the dragnets in different cities have violated the Constitution: Federal agents routinely approach people with brown skin or whom they perceive to be Latinos or immigrants. The agents ask who the people are and where they are from. If people refuse to answer or attempt to leave, they are held or handcuffed and sometimes subdued. [...]

In a dissent, Justice Sonia Sotomayor said that the court’s decision eroded freedoms guaranteed by the Constitution. “We should not have to live in a country where the Government can seize anyone who looks Latino, speaks Spanish, and appears to work a low wage job,” she said. [...]

Document 2

“Starmer urges Europe’s leaders to curb ECHR to halt rise of far right”, Pippa Crerar and Rajeev Syal, *The Guardian*, December 9, 2025

PM calls for members of European convention on human rights to allow tougher action to protect borders

Keir Starmer has called on European leaders to urgently curb joint human rights laws so that member states can take tougher action to protect their borders and see off the rise of the populist right across the continent.

Before a crucial European summit on Wednesday, the prime minister urged fellow members to “go further” in modernising the interpretation of the European convention on human rights (ECHR) to prevent asylum seekers using it to avoid deportation.

But Labour has been condemned for calling for changes, with human rights campaigners, Labour peers and some MPs arguing they could open the door to countries abandoning some of the world’s most vulnerable people.

Critics of the government’s asylum changes also argue that the prime minister should not be diluting protections that pander to the right, amid deepening concerns from charities that its rhetoric could demonise refugees.

On the eve of the Council of Europe summit in Strasbourg, the actors Michael Palin, Stephen Fry and Joanna Lumley were among 21 well-known figures calling on Starmer to drop plans to weaken human rights law and instead “take a principled stand” for torture victims.

Under sweeping changes announced last month, the government said it wanted to introduce measures to stop asylum seekers using their rights in the ECHR to a family life to avoid deportation. The Conservatives and Reform UK have called for withdrawal from the convention altogether.

But writing for the Guardian, the prime minister said that updating the interpretation of the convention was urgently required to confront the challenges posed by mass migration – and far-right forces that sought to divide mainstream opinion across Europe.

“The best way of fighting against the forces of hate and division, is to show that mainstream, progressive politics can fix this problem,” he wrote in a joint article with the Danish leader, Mette Frederiksen.

“Listening to legitimate concerns and acting on them is what our politics is about. That’s not empty populism, it’s democracy. We are determined to show that our societies can act with compassion while upholding law and order, and fairness.”

The two leaders called on European allies to go further in tackling the shared challenge of migration by modernising the ECHR to reflect the challenges of the 21st century.

“Europe has faced big tests before and we have overcome them by acting together. Now we must do so again. Otherwise, the forces that seek to divide us will grow stronger.” [...]

The government has already said it will legislate to clarify how article 8, the right to a private life, is interpreted in the domestic courts in regard to immigration rules.

Lammy is expected to argue on Wednesday that the ECHR could also be reinterpreted to limit the scope of rights under article 3, which prohibits torture and “degrading treatment”.

This could, for example, include higher thresholds for prison conditions or access to healthcare abroad where it currently prevents extradition or deportation from the UK.

The deputy prime minister will reassert the UK’s commitment to the ECHR, saying that pulling out would be a “fake solution” that would undermine every international agreement on national and border security.

At the summit, he is expected to say: “We must strike a careful balance between individual rights and the public’s interest, otherwise we risk a loss of confidence in the convention, and in human rights themselves.

“The definition of ‘family life’ can’t be stretched to prevent the removal of people with no right to remain in the country ... The threshold of ‘inhuman and degrading treatment’ must be constrained to the most serious issues. [...]

The sweeping changes to the UK asylum system came against the backdrop of Nigel Farage’s Reform UK attracting support because of the failure of successive governments to stop unauthorised small boat crossings in the Channel and unease about the use of hotels to house asylum seekers. [...]

Some Labour MPs, charities and legal experts have warned that if a country such as the UK waters down the application of article 3, then less scrupulous nations could follow suit, with horrific implications.

Veronika Fikfak, a professor of international law at University College London, said a change to the anti-torture provisions within the ECHR “touches the very core” of the convention.

“Prohibition of torture and inhuman and degrading treatment is an absolute right. It allows for no balancing. There is no margin of appreciation for states, nor any deference to them,” she said. [...]

Document 3

« Face au vent xénophobe, il faut considérer l'immigration comme une question non pas morale, mais économique et sociale », Philippe Bernard, *Le Monde*, 21 septembre 2025

Prétendre (...) que l'ampleur de ce sujet résulte d'abord d'une instrumentalisation politicienne reflète une forme de cécité.

Les signaux d'alarme sur l'état des démocraties ne manquent pas en ces temps de déstabilisation générale. Mais les slogans xénophobes scandés par plus de 110 000 manifestants, le 13 septembre, en plein Westminster, cœur du pouvoir britannique, résonnent comme un tocsin. Au Royaume-Uni, pays du monde où la démocratie parlementaire paraît le plus enracinée, et où la population, fière de sa résistance au nazisme, se considère comme immuablement « modérée » et imperméable à l'extrémisme, voilà que l'extrême droite tient la rue tout en menaçant dans les urnes.

[Les excités nationalistes qui ont affronté la police au cri de « Renvoyez-les ! » se conjuguent désormais avec les bataillons d'électeurs qui grossissent les rangs du parti anti-immigrés Reform UK.

Avec 31 % des intentions de vote, la formation de Nigel Farage, inspirateur du Brexit, domine aujourd'hui, loin devant le Labour au pouvoir (20 %) et les tories (16 %). Du jamais-vu depuis un siècle rythmé par l'alternance ininterrompue au pouvoir entre ces deux grands partis.

Déjà, en 2014, la xénophobie avait été l'un des principaux moteurs du divorce avec l'Union européenne (UE), accusée de faciliter l'entrée incontrôlée de travailleurs d'Europe de l'Est. Depuis la sortie de l'UE, les Polonais ont cessé de pouvoir s'installer librement au Royaume-Uni, mais ils ont été remplacés par un nombre record, bien plus élevé, de ressortissants de l'ex-empire britannique.

Non seulement le Brexit – dont seuls 32 % des Britanniques pensent aujourd'hui que c'était une bonne décision – n'a pas tenu sa promesse de « reprendre le contrôle » des frontières, mais il a exacerbé la controverse sur l'immigration, encore envenimée par la politique de Donald Trump. Au point que Vernon Bogdanor, sommité britannique du droit constitutionnel, mette en garde, dans le *Guardian*, contre la « panique morale » que peut engendrer une « rhétorique incendiaire » sur l'immigration.]

Document 4

Cartoon: Instagram @goldenboyftw, retrieved January 23, 2026



Document 5

Cartoon: Ben Jennings, *The Guardian*, December 2, 2025



*Paddington Bear is a character from a children's book; in the story, he arrives in London as a stowaway on a boat from Peru

LVA ESPAGNOL

Ce sujet comporte les 5 documents suivants :

- **Document 1** – Néstor Prieto Amador, “Trump eleva la presión sobre Maduro y activa el mayor despliegue naval estadounidense desde la primera guerra del Golfo”, Público.es, 8 de noviembre de 2025.
- **Document 2** – Matt Spetalnick, Sarah Kinosian y Marianna Parraga, “Más detalles de la conversación telefónica entre Trump y el dictador Maduro”, Infobae, 1 de diciembre de 2025.
- **Document 3** – Benoît Bréville, « Il mérite le Nobel ! », Le Monde diplomatique, novembre 2025.
- **Document 4** – “Trump vs Petro”, Impacto latino, 30 de octubre de 2025.
- **Document 5** – Jaime Rosemberg, “El Gobierno se ilusiona con un vínculo ‘privilegiado’ con Trump, aunque Washington pondrá condiciones”, La Nación, 1º de febrero de 2025.

I - COMPRÉHENSION : RÉSUMÉ ANALYTIQUE COMPARATIF

Répondre dans la langue cible à la question posée en 350 mots (+ ou - 10%) en identifiant et en comparant les informations pertinentes dans les documents 1 et 2 du dossier, sans commentaire personnel ni paraphrase.

¿Qué elementos resaltan los autores sobre la crisis diplomática entre Venezuela y EEUU?

II - EXPRESSION PERSONNELLE : ESSAI ARGUMENTÉ

Répondre dans la langue cible à la question posée en 500 mots (+ ou - 10%), en réagissant au contenu du dossier, sans paraphraser celui-ci, tout en développant son opinion personnelle. Vous devez illustrer votre argumentation avec des exemples culturels, civilisationnels et/ou historiques du monde hispanophone.

En su opinión, ¿es posible que los países latinoamericanos puedan mantener su soberanía frente a la política exterior que ha llevado a cabo el gobierno de los EEUU?

III - TRADUCTION DU FRANÇAIS EN ESPAGNOL (THÈME)

Traduire uniquement les parties du texte indiquées en français en gras et entre crochets. [.....]

de [M. Donald Trump pouvait donc... à ...pour la cuvée 2026.]

Trump eleva la presión sobre Maduro y activa el mayor despliegue naval estadounidense desde la primera guerra del Golfo

El portaaviones más grande del mundo, el USS Gerald R. Ford (CVN-78), continúa aproximándose a Venezuela en el que ya es el mayor despliegue naval estadounidense desde la primera guerra del Golfo (1990-91). Según el estudio elaborado por el Centro para Estudios Estratégicos e Internacionales (CSIS), la presencia militar estadounidense en el Caribe ya supera al operativo desplegado para invadir Panamá en 1989 o Granada en 1983.

En los próximos días, el buque insignia de la armada estadounidense irrumpirá en el mar Caribe escoltado por tres destructores, dos buques anfibios y unos 6.000 efectivos; un refuerzo que se suma a un dispositivo que ya incluye ocho buques de la Marina, un buque de operaciones especiales y un submarino de propulsión nuclear.

Cuando toda la flota se concentre frente a las costas de Venezuela, el 20% de los buques de guerra estadounidenses movilizados en el mundo estará en aguas latinoamericanas, según la publicación especializada Stars and Stripes.

Además, aviones de combate de distinto tipo han sido desplegados en varias bases de la región. Al menos cinco cazas F-35 fueron detectados en el aeropuerto José Aponte, en la vecina isla de Puerto Rico. En los últimos días, varios B-52, capaces de transportar decenas de bombas de precisión, sobrevolaron las costas del país latinoamericano.

El abrumador despliegue militar estadounidense ya se ha cobrado la vida de al menos 69 personas en diecisiete ataques desde el 2 de septiembre, la mayoría en las proximidades de Venezuela. El pretexto esgrimido por Donald Trump es una "guerra contra las drogas" con escaso sustento estadístico. Según una investigación reciente de The New York Times, solo el 26% del tráfico de cocaína que llega a Estados Unidos transita por el mar Caribe; la inmensa mayoría, el 74%, lo hace por el Pacífico.

Aunque Donald Trump afirmó este lunes en una entrevista que "duda" de que vaya a producirse una guerra contra el país, el despliegue militar y el discurso de la oposición venezolana apuntan en otra dirección. "Sobre Venezuela en particular, ¿están contados los días de Maduro como presidente?", le preguntaron al magnate republicano. "Yo diría que sí", respondió.

María Corina Machado, líder opositora y controvertida premio Nobel de la Paz, aseguró por videoconferencia este miércoles, durante el American Business Forum de Miami, que "la liberación de Venezuela va a traer la liberación de Cuba y Nicaragua". El evento, punto de encuentro del poder económico y político de Florida, sirvió a Machado para alentar al Gobierno de Trump a intensificar su presión sobre Nicolás Maduro.

"Ahora mismo Irán, Rusia y China operan militar y tecnológicamente y a través de sus servicios de inteligencia en Venezuela, a solo tres horas de Florida. Una transición a la democracia dismantlaría esta presencia y convertiría a Venezuela en el aliado más fuerte en materia de seguridad de Estados Unidos", afirmó.

Ese lenguaje beligerante llevó a la líder opositora a emplear el término "guerra" durante su intervención. "El pueblo venezolano apoya totalmente al presidente Donald Trump y su estrategia, porque llevamos 26 años luchando para liberar a nuestro país... y ahora tenemos la oportunidad de detener esta guerra", aseguró.

Por ahora, los ataques estadounidenses se han centrado en embarcaciones que presuntamente transportarían droga, aunque los gobiernos de Colombia y Venezuela han presentado pruebas de que varias de las víctimas serían pescadores. En los últimos días, gana peso la teoría de que Trump podría

ordenar un ataque contra instalaciones militares venezolanas o contra infraestructura estratégica del país.

James Story, exembajador de EEUU para Venezuela (2017-2021), designado durante la primera Administración Trump, aseguró esta semana en una entrevista a la BBC que "la fuerza en el Caribe es demasiado grande y potente para ser solo contra narcóticos. (...) Trump está enviando la señal de que tiene todas las herramientas del Estado de Estados Unidos para utilizarlas contra Maduro, si fuera necesario".

El viernes, el Senado estadounidense rechazó —por 51 votos frente a 49— una iniciativa impulsada por legisladores demócratas y republicanos que obligaba a Donald Trump a pedir permiso al Congreso antes de llevar a cabo nuevos ataques sobre Venezuela. Por tanto, la Casa Blanca mantiene vía libre para continuar con su estrategia.

Tras la sesión informativa que precedió a la votación, el congresista demócrata Adam Smith, miembro del Comité de Servicios Armados de la Cámara de Representantes, afirmó que "basándome en esa sesión, creo que la Administración no quiere ir a la guerra con Venezuela. Pero, por otro lado, el presidente Trump es bastante famoso por, cómo decirlo, su modo caótico de hacer las cosas. Puede cambiar de opinión muy rápidamente. Así que, quién sabe".

En paralelo, el chavismo muestra músculo militante y, en los dos últimos meses, ha encadenado movilizaciones en la calle y actos militares. Nicolás Maduro anunció esta semana una reestructuración del Partido Socialista Unido de Venezuela (PSUV), el todopoderoso partido de gobierno, para "adaptar" la organización a las "nuevas formas de lucha".

(...)

Néstor Prieto Amador, *Público.es*, España, 8 de noviembre de 2025

Document 2

Más detalles de la conversación telefónica entre Trump y el dictador Maduro

El presidente de Venezuela, Nicolás Maduro, se está quedando sin opciones para dimitir y salir de su país bajo un salvoconducto garantizado por Estados Unidos, tras una breve llamada con el presidente estadounidense, Donald Trump, el mes pasado, donde el presidente rechazó una serie de solicitudes del líder venezolano, según cuatro fuentes informadas sobre la llamada.

El llamado, del 21 de noviembre, se produjo después de meses de creciente presión estadounidense sobre Venezuela, incluidos ataques contra presuntos barcos de tráfico de drogas en el Caribe, reiteradas amenazas de Trump de extender las operaciones militares a tierra y la designación del Cártel de los Soles, un grupo que la administración Trump dice incluye a Maduro, como una organización terrorista extranjera.

Maduro y su gobierno siempre han negado todas las acusaciones criminales y dicen que Estados Unidos está buscando un cambio de régimen para tomar el control de los vastos recursos naturales de Venezuela, incluido el petróleo.

Maduro le dijo a Trump durante la llamada que estaba dispuesto a abandonar Venezuela siempre que él y sus familiares tuvieran una amnistía legal completa, incluida la eliminación de todas las sanciones estadounidenses y el fin de un caso emblemático que enfrenta ante la Corte Penal Internacional, dijeron tres de las fuentes.

También solicitó el levantamiento de las sanciones a más de 100 funcionarios del gobierno venezolano, muchos de ellos acusados por Estados Unidos de abusos a los derechos humanos, tráfico de drogas o corrupción, según las tres personas.

Trump rechazó la mayoría de sus solicitudes en la llamada, que duró menos de 15 minutos, pero le dijo a Maduro que tenía una semana para salir de Venezuela al destino de su elección junto con sus familiares.

Ese pasaje seguro expiró el viernes, lo que llevó a Trump a declarar el sábado que el espacio aéreo de Venezuela estaba cerrado, dijeron dos de las fuentes. El Miami Herald informó previamente varios detalles de la llamada. La fecha límite del viernes no se había revelado previamente.

Trump confirmó el domingo que había hablado con Maduro, sin proporcionar detalles. La Casa Blanca se negó a dar más detalles, y el Ministerio de Información de Venezuela, encargado de todas las consultas de prensa del gobierno, no respondió de inmediato a las solicitudes de comentarios.

El gobierno de Trump ha declarado que no reconoce a Maduro, en el poder desde 2013, como presidente legítimo de Venezuela. Maduro se proclamó reelegido el año pasado en unas elecciones nacionales que Estados Unidos y otros gobiernos occidentales calificaron de farsa y que, según observadores independientes, obtuvo una victoria abrumadora de la oposición.

(...)

No está claro si Maduro aún puede presentar una nueva propuesta que incluya un salvoconducto. Trump se reunió este lunes con sus principales asesores para abordar la campaña de presión sobre Venezuela, entre otros temas, según informó un alto funcionario estadounidense.

Una fuente con sede en Washington informada sobre las discusiones internas de la administración Trump no descartó la posibilidad de una salida negociada de Maduro, pero enfatizó que aún quedan desacuerdos significativos y detalles importantes sin resolver.

Estados Unidos ha aumentado a 50 millones de dólares la recompensa por información que conduzca al arresto de Maduro y ofrece 25 millones de dólares por otros altos funcionarios del gobierno, incluido el ministro del Interior, Diosdado Cabello, acusado en Estados Unidos de presunto narcotráfico, entre otros delitos. Todos han negado las acusaciones.

La administración de Maduro ha solicitado otra llamada con Trump, según las tres fuentes.

Matt Spetalnick, Sarah Kinosian y Marianna Parraga, *Infobae*, Argentina, 1 de diciembre de 2025

Document 3

« Théoricien de la 'diplomatie du gourdin', le président Theodore Roosevelt considérait l'Amérique latine comme une « arrière-cour » où les Etats-Unis pouvaient intervenir à leur guise. A la moindre menace contre les intérêts américains, il envoyait ses marines au Honduras, en République dominicaine, à Cuba. En 1903, Washington parraine un mouvement sécessionniste au Panamá, alors province colombienne, afin de s'assurer le contrôle du futur canal. Trois ans plus tard, auréolé de sa médiation dans le conflit russo-japonais, Roosevelt reçoit le prix Nobel de la paix.

(...)

Henry Kissinger, conseiller à la sécurité nationale de 1969 à 1975, était lui aussi un adepte de la déstabilisation. 'Je ne vois pas pourquoi nous resterions bras croisés lorsqu'un pays devient communiste à cause de l'irresponsabilité de son propre peuple', estimait-il en juin 1970 à propos du Chili, où Salvador Allende menaçait de remporter l'élection présidentielle. Le dirigeant socialiste est néanmoins élu. Kissinger ne voit alors plus qu'une solution : le coup d'État militaire (...) Et Kissinger remporte le Nobel de la paix un mois plus tard, pour avoir signé un cessez-le-feu avec le Vietnam. (...)

[M. Donald Trump pouvait donc légitimement nourrir quelques espoirs pour l'édition 2025. Lui aussi déploie ses troupes dans les Caraïbes. Lui aussi pratique le chantage à l'aide américaine,

en menaçant l'Argentine d'asphyxie financière en cas de revers électoral de M. Javier Milei. Lui aussi multiplie les assassinats (de moins en moins) ciblés au nom de la lutte contre le terrorisme - c'est ainsi qu'il justifie l'élimination en pleine mer de citoyens vénézuéliens, accusés sans preuve de trafic de drogue. Et lui aussi planifie des coups d'État contre les gouvernements récalcitrants, comme au Venezuela où il a autorisé la Central Intelligence Agency (CIA) à renverser le président Nicolás Maduro.

Tout cela n'a pas suffi. Le comité norvégien lui a préféré Mme María Corina Machado, une opposante vénézuélienne d'extrême droite qui appelle depuis vingt-cinq ans à une intervention étrangère contre son propre pays, et qui, sitôt récompensée, s'est empressée de féliciter M. Benyamin Netanyahu pour ses actions à Gaza. M. Trump a noyé sa déception en lançant une nouvelle croisade, contre la Colombie cette fois. Il peaufine son curriculum vitae pour la cuvée 2026. (...) »]

Benoît Bréville, « Il mérite le Nobel ! », *Le Monde diplomatique*, novembre 2025

Document 4



"Trump vs Petro", *Impacto latino*, 30 de octubre de 2025.

Document 5



Jaime Rosenberg, "El Gobierno se ilusiona con un vínculo 'privilegiado' con Trump, aunque Washington pondrá condiciones", *La Nación*, 1° de febrero de 2025.

